

NIEDERSCHRIFT
der 35. öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 14.09.2017

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste
Ort: Ratssaal Am Kloster 1

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:30 Uhr

Bestätigte Tagesordnung

- | | | |
|--------|---|-----------------|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Stadtrates und der Beschlussfähigkeit | |
| TOP 2 | Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung | |
| TOP 3 | Einwohnerfragestunde | |
| TOP 4 | Entscheidung über Einwendungen und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung des Stadtrates | |
| TOP 5 | Bericht über die von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse | |
| TOP 6 | Errichtung und Betrieb einer Windenergieanlage im Eignungsgebiet für Windenergieanlagen "Markröhlitz" - Stellungnahme der Stadt Weißenfels zur vorgelegten Umweltverträglichkeitsstudie | 158/2017 |
| TOP 7 | Nationale Projekte des Städtebaus - Schloss "Neu-Augustusburg" | 167/2017 |
| TOP 8 | Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Neustadt - Weißenfels" - Vorzeitige Ablösung von Ausgleichsbeträgen | 166/2017 |
| TOP 9 | Beitrittsbeschluss zum Liquiditätskredit im Wirtschaftsplan 2017 für das Wirtschaftsjahr 2017 des Sport- & Freizeitbetriebes der Stadt Weißenfels | 148/2017 |
| TOP 10 | Antrag Fraktion DIE LINKE: Prüfung Teilabriss Sprungturm im Freibad Weißenfels | 037(VI)2
017 |
| TOP 11 | Antrag der Fraktion DIE LINKE: Prüfung auf korrekte Einordnung der Großen Deichstraße hinsichtlich des Straßentyps | 036(VI)2
017 |
| TOP 12 | Antrag der Fraktion Bündnis für Gerechtigkeit/GRÜNE: Sozialer Notstand von Werksvertragsarbeitern der Firma Tönnies und deren Unterbringung in der Neustadt von Weißenfels | 039(VI)2
017 |
| TOP 13 | Antrag der Fraktion Bündnis für Gerechtigkeit/GRÜNE auf Akteneinsicht zum Bauvorhaben "Am Löbicken Anger" | 038(VI)2
017 |
| TOP 14 | Beantwortung von Anfragen | |
| TOP 15 | Mitteilungen und Anfragen | |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|-------|--|----------|
| TOP 1 | Grundsatzentscheidung Verkauf Neustadtschule | 156/2017 |
| TOP 2 | Anfragen und Mitteilungen | |

Öffentlicher Teil

- TOP 16 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
TOP 17 Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Stadtrates und der Beschlussfähigkeit

Der Stadtratsvorsitzende Herr Freiwald eröffnet die Sitzung. Es wird festgestellt, dass alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind. Es sind 29 Mitglieder anwesend. Es besteht Beschlussfähigkeit.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Von der Fraktion BfG-WV/GRÜNE liegt ein Antrag auf Absetzung des TOP 8 vor. Begründung: Der Sachstandbericht enthält keine Angaben zu den tatsächlich in das Entwicklungsgebiet Neustadt und das Gewerbe- und Industriegebiet „Am Schlachthof“ geflossenen Investitionen aus Eigenmitteln der Stadt und aus Förderungen.

(Ab jetzt Herr Schmoranzler und Frau Braune anwesend = 31 Mitglieder)

Abstimmung des Antrages: dafür: 9

Die erforderliche Mehrheit von 28 Stimmen wurde nicht erreicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Herr Freiwald stellt den Antrag den TOP 12 gemäß der Stellungnahme des Oberbürgermeisters von der Tagesordnung abzusetzen, da die Angelegenheit nicht in den Aufgabenbereich der Stadt fällt. Herr Gotthelf begründet nochmals den Antrag der Fraktion.

(Ab jetzt Herr Kungl anwesend = 32 Mitglieder)

Abstimmung des Antrages: dafür: 23

Die erforderliche Mehrheit von 28 Stimmen wurde nicht erreicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Weitere Anträge auf Änderung der Tagesordnung gibt es nicht. Die vorliegende Tagesordnung ist damit angenommen.

3. Einwohnerfragestunde

Elternvertreter von der Grundschule Uichteritz machen auf den desolaten baulichen Zustand der Schule aufmerksam und bitten den Stadtrat, den Sanierungsstau möglichst zeitnah abzustellen. Der Oberbürgermeister wird die Anfrage schriftlich beantworten. Er weist darauf hin, dass bereits 150 T€ für neue Fenster ausgegeben worden sind. Aufgrund der fehlenden Vereinbarung mit der Verbandsgemeinde Freyburg sei der von den Eltern behauptete Bestand der Schule bis 2030 keineswegs sicher.

4. Entscheidung über Einwendungen und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung des Stadtrates

Einwendungen gegen die Niederschrift wurden nicht erhoben. Die Niederschrift der Sitzung vom 10. 8. 2017 gilt somit als anerkannt.

5. Bericht über die von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse

Zu den vom Haupt- und Finanzausschuss gefassten Beschlüssen gibt es keine Anfragen.

6. Errichtung und Betrieb einer Windenergieanlage im Eignungsgebiet für Windenergieanlagen "Markröhlitz" - Stellungnahme der Stadt Weißenfels zur vorgelegten Umweltverträglichkeitsstudie

Beschluss SR 355-35-/2017

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt folgende Stellungnahme:

Die Errichtung der geplanten Windenergieanlage in der Gemarkung Goseck wird abgelehnt. Das charakteristische Landschaftsbild der Stadt Weißenfels wird durch die Errichtung einer weiteren Windenergieanlage noch weiter zerstört. Die geplante Windenergieanlage wirkt durch ihre Höhe vor allem auf die Ortslage Pettstädt sehr störend und verunstaltet das Orts- und Landschaftsbild im Nordwesten der Stadt Weißenfels erheblich.

Abstimmung: dafür: 28 dagegen: 1 Enthaltung: 2
Herr Riemer nimmt an der Beratung und Abstimmung aufgrund eines Mitwirkungsverbot nach § 33 KVG LSA nicht teil.

7. Nationale Projekte des Städtebaus - Schloss "Neu-Augustusburg"

Herr Risch und Herr Rauner verwahren sich gegen die von Herrn Walther geäußerte Auffassung, dass Angehörige von Mitarbeitern der Verwaltung keine Aufträge mehr erhalten dürfen. Solange dies in einem offenen und transparenten Verfahren stattfindet (hier VOF-Verfahren) sei für diese Forderung kein Grund erkennbar. Herr Walther wird aufgefordert, die fortgesetzte Verunglimpfung der Stadtarchitektin zu unterlassen.

SR 356-35/2017

Beschluss SR 356-35/2017

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt die Durchführung der Maßnahme „Nationale Projekte des Städtebaus – Schloss Neu-Augustusburg“ in der Höhe der zugeteilten Mittel entsprechend des Sachstandes.

Abstimmung: dafür: 31 dagegen: 1 Enthaltung: 0

8. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Neustadt - Weißenfels" - Vorzeitige Ablösung von Ausgleichsbeträgen

Der Oberbürgermeister informiert nochmals ausführlich zum Sachverhalt. Er erklärt, dass es keinen Zusammenhang gebe zwischen den festgestellten Bodenrichtwerten und den Kosten, die für die durchgeführten Maßnahmen aufgewendet worden sind. Insofern sei die von der Fraktion BfG-WV/GRÜNE geforderte Kostenaufstellung seit dem Jahr 1990 nicht relevant. Die Bodenrichtwertsteigerung sei in ihrer Höhe vom Gutachterausschuss festgestellt worden und damit Grundlage für die Erhebung von Ausgleichsbeiträgen. Nach Abschluss der Entwicklungsmaßnahme müssen alle dann erhobenen Beiträge an das Land Sachsen-Anhalt abgeführt werden. Bei einer vorzeitigen Zahlung der Beiträge kommen diese jedoch der Stadt zugute und können in weitere Maßnahmen investiert werden. Bisher wurden die Gelder für Infrastrukturmaßnahmen, Abbruch von Liegenschaften sowie die Rad-Fußweg-Achse auf der alten Kohlebahntrasse verwendet. Weitere Maßnahmen stehen noch aus, z.B. Gestaltung von Grünflächen im hinteren Röntgenweg sowie die Nordrampen an der B 91. Eine Auflistung der Maßnahmen wird ins Ratsinformationssystem eingestellt. Um die beitragspflichtigen Eigentümer zu einer vorzeitigen

Zahlung zu bewegen, soll es gestaffelte Preisnachlässe geben. Fragen zu Grundstücksangelegenheiten werden im nichtöffentlichen Teil behandelt.

Beschluss SR 357-35/2017

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt,

1. den beitragspflichtigen Eigentümern wird die freiwillige, vorzeitige Ablösung der Ausgleichsbeträge vor Abschluss der Entwicklungsmaßnahme „Weißenfels – Neustadt“ mit einem Abschlag ermöglicht.
2. Der Abschlag hat die Höhe von fünf Prozent für die Jahre 2017 und 2018 und drei Prozent für die Jahre 2019 und 2020.

Abstimmung: dafür: 28 dagegen: 4 Enthaltung: 0

9. Beitrittsbeschluss zum Liquiditätskredit im Wirtschaftsplan 2017 für das Wirtschaftsjahr 2017 des Sport- & Freizeitbetriebes der Stadt Weißenfels

Beschluss SR 358-35/2017

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt den Beitritt der Stadt Weißenfels gemäß Bescheid der Kommunalaufsichtsbehörde vom 31.07.2017 zur Genehmigung des Wirtschaftsplanes 2017 für das Wirtschaftsjahr 2017 des Sport- und Freizeitbetriebes der Stadt Weißenfels zum geänderten Liquiditätskredit in Höhe von 668.380 Euro.

Abstimmung: dafür: 32 dagegen: 0 Enthaltung: 0

10. Antrag Fraktion DIE LINKE: Prüfung Teilabriss Sprungturm im Freibad Weißenfels

Herr Klitzschmüller begründet den Antrag nochmals ausführlich. Herr Rauner schlägt im Namen der Fraktion CDU-FDP vor, den Turm so zu erhalten, wie er jetzt ist und lediglich die Aufstiegsmöglichkeit zum 10-m-Brett zu unterbinden. Gegebenfalls könne zu einem späteren Zeitpunkt über eine erneute Öffnung des 10-m-Bretts mit entsprechenden baulichen Maßnahmen nachgedacht werden. Herr Klitzschmüller schließt sich dem Antrag der Fraktion CDU-FDP an und zieht seinen eigenen zurück.

Es wird über folgenden Beschlussvorschlag abgestimmt:

SR 359-35/2017

Beschluss SR 359-35/2017

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt, den Sprungturm im Weißenfelser Freibad in seiner jetzigen baulichen Konstruktion zu erhalten und zu sanieren. Alle Aufstiegsmöglichkeiten ab dem 5-m-Brett bis zum 10-m-Brett sind abzubauen. Es ist sicherzustellen, dass bis zu einer möglichen späteren Sanierung keine Sprünge vom 10-m-Brett erfolgen können.

Abstimmung: dafür: 31 dagegen: 1 Enthaltung: 0

Damit ist der Antrag angenommen.

11. Antrag der Fraktion DIE LINKE: Prüfung auf korrekte Einordnung der Großen Deichstraße hinsichtlich des Straßentyps

Herr Klitzschmüller erklärt, dass der dem Antrag zugrunde liegende Sachverhalt im Gespräch mit Herrn Bischoff geklärt werden konnte. Die Nicht-Einbeziehung der betreffenden Grundstücksfläche aufgrund der Errichtung eines Parkplatzes sei rechtlich korrekt und vom Stadtrat nicht änderbar.

Der Stadtrat sollte jedoch darauf achten, dass die in der Beitragssatzung der Stadt enthaltenen Regelungen zwingend umgesetzt werden, insbesondere die Beteiligung der Beitragspflichtigen. In Zukunft werde es keine Zustimmung mehr geben, wenn die Verwaltung bei Baumaßnahmen

den Verzicht auf die Beteiligung der Beitragspflichtigen vorschlägt.
Herr Klitzschmüller zieht den von ihm eingebrachten Antrag zurück.

12. Antrag der Fraktion Bündnis für Gerechtigkeit/GRÜNE: Sozialer Notstand von Werksvertragsarbeitern der Firma Tönnies und deren Unterbringung in der Neustadt von Weißenfels

Herr Riemer erklärt, dass laut Stellungnahme des OB die Angelegenheit nicht in den Aufgabenbereich des Stadtrates gehöre und stellt deshalb den Geschäftsordnungsantrag auf Beendigung der Diskussion.

Herr Gotthelf begründet den eingebrachten Antrag nochmals umfassend. Es sei unbedingt notwendig, für den sozialen Frieden in der Neustadt dringend etwas zu unternehmen. Die vom Oberbürgermeister ins Leben gerufene Arbeitsgruppe sollte durch Vertreter des Stadtrates ergänzt werden.

Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Riemer:

Abstimmung: dafür: 23 dagegen: 8 Enthaltung: 1

Damit ist der Antrag angenommen.

13. Antrag der Fraktion Bündnis für Gerechtigkeit/GRÜNE auf Akteneinsicht zum Bauvorhaben "Am Löbicken Anger"

Der Stadtrat führt zu dem Anliegen eine umfassende Diskussion. Kernpunkt ist der Streit darüber, ob der Antrag auf Akteneinsicht an sich abzustimmen ist, oder ob sich dieser Anspruch bereits aus dem Gesetz ergibt und der Stadtrat nur noch die Modalitäten zu beschließen habe. Der Justiziar vertritt die Auffassung, dass zuerst über den Antrag selbst (das „ob“) und dann erst über die Modalitäten (das „wie“) abzustimmen sei. Die Fraktion BfG-WV/GRÜNE bestreitet diese Auffassung.

Die Fraktion wird von mehreren Stadträten gebeten, ihre Gründe für die begehrte Akteneinsicht darzulegen, um dem Stadtrat eine sachgerechte Entscheidung zu ermöglichen. Herr Gotthelf erklärt, dass die Gründe im Antrag genannt worden sind.

Gegen Herrn Walther wird eine Ermahnung ausgesprochen, die Bemerkungen gegenüber Herrn Kungl zu unterlassen.

Der Stadtratsvorsitzende verweist darauf, dass alle Unterlagen, die dem Stadtrat bei den Beschlussfassungen vorgelegen haben, jederzeit durch die Fraktion eingesehen werden können. Dazu bedürfe es keines Beschlusses. Er fordert die Fraktion auf, zur Vervollständigung des Beschlussvorschlages ein Gremium vorzuschlagen und einen Untersuchungsauftrag zu formulieren. Die Fraktion benennt als Gremium den Finanzausschuss. Ein Auftrag wird nicht formuliert.

Frau Schlegel stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Beendigung der Diskussion.

Abstimmung des Antrages: dafür: 28 dagegen: 3 Enth.: 1

Damit ist der Antrag angenommen.

Der Stadtratsvorsitzende fragt die Fraktion BfG-WV/GRÜNE, ob der schriftlich vorliegende Antrag textlich verändert werden soll oder welcher Teil abzustimmen ist. Herr Walther und Herr Gotthelf erklären, dass der Antrag so beibehalten werde. Es sei lediglich der Finanzausschuss einzusetzen.

Folgender Antrag wird zur Abstimmung gestellt:
Akteneinsicht im o. g. Umfang durch den Stadtrat.
Der Stadtrat beschließt die von der Fraktion BfG/GRÜNE beantragte Akteneinsicht dem Finanzausschuss zu übertragen.

Abstimmung: dafür: 3 dagegen: 25 Enthaltung: 4
Damit ist der Antrag abgelehnt.

14. Beantwortung von Anfragen

Folgende Antworten der Verwaltung liegen schriftlich vor:
- Schienenlärmschutzgesetz

15. Mitteilungen und Anfragen

(Ab jetzt Herr Kunze abwesend = 31 Mitglieder)

Herr Kabisch-Böhme informiert aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Schule, Soziales, Jugend und Sport mit dem Schwerpunktthema Vorbeugung und Schutz (Anlass: gewaltsamer Tod eines Säuglings).

Herr Gotthelf reicht eine schriftliche Anfrage an den Oberbürgermeister als Aufsichtsratsvorsitzender der WWV ein zum Thema Situation der Unterbringung von Werksarbeitern der Firma Tönnies in den Wohnungen der WWV.

Herr Kungl informiert, dass Frau Schechowiak der Fraktion BfG-WV/angeboten hatte, ihre Fragen zu beantworten. Dieses Angebot wurde nicht angenommen.

Herr Kabisch-Böhme mahnt an, dass für den Problembereich Neustadt ein zielgerichtetes Handeln erforderlich sei. Die Stadt dürfe ihr Augenmerk nicht nur auf die Altstadt richten. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass ein intensives Arbeiten auf einer „Arbeitsebene“ mit vielen Beteiligten begonnen habe. Die Bürger der Neustadt werden am 5.10.2017 um 18.00 Uhr in das Kulturhaus zu einem Bürgerdialog eingeladen.

Herr Rauner informiert, dass die Abwasserbeseitigung Weißenfels AöR, die Stadt Weißenfels und der Sport- & Freizeitbetrieb eine Hochwasserkonzeption für die Stadt Weißenfels ausgeschrieben haben, die durch ein Büro in Chemnitz vorbereitet wurde. An der Ausschreibung werden sich jedoch keine einheimischen Firmen beteiligen können, da ein Übermaß an Referenzen verlangt werde. Fragen:

Warum wurde ein Büro aus Chemnitz beauftragt? Gab es keine qualifizierten einheimischen Büros? Warum wird die Ausschreibung so gestaltet, dass sich keine einheimischen Firmen daran beteiligen können

Ende der öffentlichen Sitzung.

Jörg Freiwald
Stadtratsvorsitzender

Birgit Knittel
Protokollführerin

Öffentlicher Teil

16. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Die Öffentlichkeit wird wieder hergestellt. Es waren keine Bürger mehr anwesend.

17. Schließung der Sitzung

Der Stadtratsvorsitzende schließt die Sitzung.

Jörg Freiwald
Vorsitzender

Birgit Knittel
Protokollführerin